

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18 RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Abonnenten und Postbesitzer werden nach Möglichkeit annehmen bis zum 10. März. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeitung 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Zeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Tages- und Nachtblätter berechnen sich nach demselben Tarif. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 276 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresdner Postfach: Dresden 26411 Montag, den 27. November 1933

Im neuen Deutschland nicht mehr aktuell...

Von Helmut Sandermann.
NSK. Nicht ohne einen gewissen Stolz auf unseren neuen Staat betrachten wir Deutsche Ereignisse, wie sie sich beispielsweise in Frankreich in diesen Tagen abspielen. Auch wir kennen aus vergangenen Zeiten jene Tage der Gerüchte und Reporterforgen, mit denen das Ende einer vergangenen und der Anfang einer neuen Regierung auch im parlamentarischen Deutschland begleitet zu sein pflegten. Und wir begreifen — verwundert durch die Parallelen der Ereignisse — den ganzen Unsinn des vergangenen deutschen Parlamentarismus, wenn wir Berichte lesen, wie sie uns von der letzten französischen Regierungskrise mitgeteilt wurden. Wenn wir erfahren, daß eine Regierung, die kurz vorher mit bedeutender Mehrheit das Vertrauen der Volksvertretung ausgesprochen erhielt, etwa eine Stunde später in derselben Sitzung von demselben Gremium vernichtet geschlagen wird. Wir erkennen daraus ein interessantes Bild von der völligen Sinnlosigkeit eines Regierungsmobus, das man auch bei uns als „Demokratie“ bezeichnet hat, und das mit dem Willen eines Volkes doch bei Gott nicht das geringste zu tun hat. Die Presse der Welt pflegt an solche Kabinettskrisen, wie sie in parlamentarisch regierten Ländern an der Tagesordnung sind, interessante statistische Betrachtungen über die Lebensdauer der verflochtenen Kabinette und den Platz des kommenden Kabinetts in der meist bereits recht umfangreichen Abenteuerei der bisherigen Regierungen anzustellen. So hat das letzte Kabinettskrisen in Frankreich beispielsweise achtundzwanzig Tage regiert und ist das vierte Kabinettskrisen der laufenden Legislaturperiode und das dreizehnte Kabinettskrisen, das in Frankreich seit 1871, also seit 62 Jahren, die Geschäfte führte.

„Das Kabinettskrisen ist tot — es lebe das Kabinettskrisen!“ — dieser Schlußsatz ist uns Deutschen noch von den Kabinettskrisen des vergangenen Staates in lebhafter Erinnerung — wir denken mit Grauen zurück an die Zeiten, in denen oft in wochenlangem Feilschen und Handeln von der SPD bis hinüber zur Rechten Ministerposten besetzt und wieder umbesetzt, Staatssekretariate berufen und wieder entlassen wurden — wie ein furchtbarer Traum erseht dieses Bild vor uns, und mit Stolz blicken wir auf die neue Staatsführung, die Deutschland vor solchen Schauspielen bewahrt, wie sie im französischen Parlament der Welt geboten werden.

Parlamentarismus und wahrer Volkstaat sind zwei Begriffe, die nicht nur nicht identisch sind, sondern die sich diametral gegenüberstehen. Wir leben in Deutschland in einem wahren Volkstaat — das hat der 12. November vor aller Welt eindrucksvoll bewiesen, und wir haben deshalb eine Staatsführung, die zutiefst im Volke verwurzelt ist, obwohl sie oberflächlich gerade weil sie nicht abhängig ist von Zufallsmehrheiten und Taschenspielerkunststücken parlamentarischer Kontinuität.

Wir Deutschen verfolgen deshalb auch die Ereignisse, die sich in den parlamentarisch regierten Ländern abspielen, mit einem besonderen Interesse, weil wir an ihnen sehen können, daß genau so wie im Deutschland des Novembersystems so auch überall bei den Kulturvölkern der Welt die liberalistisch-parlamentarischen Staatssysteme immer mehr sich selbst ad absurdum führen.

Der deutsche Nationalsozialismus verfolgt diese Entwicklungen mit dem Interesse eines Wissenschaftlers, der feststellt, daß die Geistes, die er als richtig erkannt hat, auch bei seinen ungläubigen Kollegen immer mehr als richtig und die bisher angegebene als falsch erweisen.

Das deutsche Volk kann aber mit Stolz auf die Geschlossenheit der Nation und auf die Kraft seiner Führung sagen, daß wir jene Sorgen des parlamentarischen Glücksspiels Gott sei Dank überwunden haben und mit freudigem Herzen bei der Betrachtung der französischen Regierungskrisen und der Ereignisse, die zu ihr geführt haben, sagen können: Das ist bei uns nicht mehr aktuell!

Neuer Willkürakt Litauens.

Verbot des deutschen Lutherfestes in Rowno.
In Rowno ist das deutsche Lutherfest verboten worden. Das Fest sollte von allen lutherischen Deutschen gemeinsam am Sonntag begangen werden. Das Programm war ausschließlich religiös zusammengefaßt. Obgleich die Veranstalter die Lutherfeier rechtzeitig und unter Einhaltung der Bestimmungen bei der Polizei angemeldet hatten, ließ der Rownoer Polizeichef das Fest verbieten, ohne irgendwelche Gründe für das Verbot anzugeben. Über 1000 Deutsche aus Rowno und der Provinz wollten teilnehmen.

Chautemps mit der Regierungsbildung beauftragt

Der frühere französische Innenminister soll die neue Regierung bilden.
Der französische Staatspräsident Lebrun hat den bisherigen Innenminister Chautemps mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Chautemps hat den Auftrag grundsätzlich angenommen. Zuvor hatte der Führer der Radikalsozialistischen Partei, der frühere Ministerpräsident Herriot, einen Auftrag des Präsidenten mit dem Hinweis auf seine noch immer unbefriedigende Gesundheit abgelehnt.

Der mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte bisherige Innenminister C. Chautemps gehört seit 1919 der Französischen Kammer an. Im Februar 1930 hat er als Nachfolger Lardens schon einmal ein Kabinettskrisen gebildet, das sich aber nicht als lebensfähig erwies. Danach hat er in den Kabinettskrisen Steeg, Herriot, Paul-Boncour, Daladier und Sarraut das Innenministerium verwaltet.

Das Kabinettskrisen Chautemps.

Die voraussichtliche Ministerliste.
Die Verhandlungen der linken Kammerfraktionen über die Möglichkeit einer ausgesprochenen Kartellregierung haben zu keinem Ergebnis geführt. Sie sind an den Forderungen der Sozialisten gescheitert. Dagegen sind Chautemps' Besprechungen soweit fortgeschritten, daß man schon jetzt — einige unwesentliche Änderungen vorbehalten — die Ministerliste aufstellen kann. Hiernach würde Ministerpräsident Chautemps das Innenministerium behalten, Justizminister: Steeg; Kriegsminister: Daladier; Außenminister: Paul-Boncour; Finanzen und Haushalt: George Bonnet; Kriegsmarineminister: Sarraut; Luftfahrtminister: Pierre Cot; Unterrichtsminister: de Monzie; Öffentliche Arbeiten: Paganon; Arbeitsminister: Prot; Handelsminister: Laurant-Lynac; Landwirtschaftsminister: Ducloux; Handels-

marineminister: Bertrand; Pensionsminister: Ducos; Kolonialminister: Piétri; Postminister: Mistler; Gesundheit: Bonneval.

Der französische Botschafter beim Kanzler.

Der französische Botschafter Francois-Poncet wurde vom Reichskanzler Adolf Hitler empfangen. In Paris wurde die Unterredung des Führers mit Francois-Poncet von der Presse ganz allgemein als Auftakt der deutsch-französischen Verhandlungen bewertet und dementsprechend als bedeutungsvolles Ereignis kommentiert. Der „Paris Soir“ betont, die Aussprache habe sich sehr günstig abgewickelt und könne greifbare Ergebnisse zeitigen, sobald das französische Kabinettskrisen gebildet sein werde.

Koester im Pariser Außenministerium.

Mutmaßungen um die Unterredung Hitlers mit Francois-Poncet.
Der deutsche Botschafter Roland Koester hat dem Generalsekretär am Quai d'Orsay, Leger, einen Besuch abgestattet. Es handelt sich um einen der üblichen Besuche, die der deutsche Botschafter von Zeit zu Zeit dem Quai d'Orsay abstattet. Die Unterredung des Führers mit Francois-Poncet, die in der Pariser Presse zunächst als der Auftakt für die kommenden deutsch-französischen Besprechungen bezeichnet wurde, wird heute — anscheinend auf höheren Willen — lediglich als ein allgemeiner Meinungsaustausch hingestellt. Immerhin betont man, daß dieser Meinungsaustausch zur Klärung der gegenseitigen Absichten gedient habe. Diese vorsichtige Einstellung der Blätter verfolgt den Zweck, jeden Eindruck zu vermeiden, als ob Frankreich die Initiative für die Besprechung ergriffen habe, um dadurch von vornherein einer späteren Verantwortung zu entgehen.

Der Tod an der Grenze.

Unverschämte Entstellungen.

Osterreichische Fälschungsversuche zu dem blutigen Grenzvorfalle.
Die österreichische Regierung hat die Herausgabe eines ausführlichen amtlichen Berichtes über den mit einer schweren Grenzverletzung verbundenen blutigen Zwischenfall, bei dem ein Reichswehrsoldat erschossen wurde, in unverständlicher Weise verzögert. Gerade die ungewöhnliche Schwere des Vorfalles und die außerordentlich bedenklichen Begleitumstände hätten eine Beschleunigung der österreichischen Untersuchung zur Folge haben müssen. Die deutschen Behörden haben bekanntlich die Lage unmittelbar nach dem blutigen Ereignis einwandfrei geklärt. Eine amtliche Wiener Verlautbarung versucht die sehr sonderbare Verzögerung mit „unächtigen Bodenverhältnissen“ und „großen Entfernungen“ zu beschönigen. Unterdessen werden von nichtamtlicher österreichischer Seite Behauptungen verbreitet, die den Tatsachen schroff widersprechen: die österreichischen Grenzwächter hätten

terning weg durch Juruse „provokiert“ sein zu wollen. Und trotz dieser Entscheidung will man die in St. Anzügen stehenden Deutschen als Reichswehr und SA erkannt haben und gar noch von ihnen „umgangen“ worden sein!

4. Der Feuerüberfall erfolgte entgegen allen internationalen Regeln und Bräuchen ohne jeden vorherigen Anruf.

5. Selbst wenn ein ähnlicher Ruf wie „Heil Hitler!“ oder dergleichen gefallen wäre, dann ist das noch immer kein Grund, einen friedlich dahingehenden Menschen über den Haufen zu schießen.

Der Reichsaussenminister hat, als das Ergebnis der Untersuchung feststand, den deutschen Gesandten in Wien angewiesen, sich zum österreichischen Außenministerium zu begeben und zu fragen, was die österreichische Regierung zur Verstrafung der Schuldigen und zur Verhinderung ähnlicher schrecklicher Vorkommnisse für die Zukunft zu tun gedente.

Der Reichswehrminister bei der Befestigung des Schützen Schuhmacher.

Auch der Chef der Heeresleitung nimmt teil.
Die Befestigung des von einer österreichischen Grenzpatrouille erschossenen Schützen Schuhmacher vom Infanterieregiment 21 findet am Montag, dem 27. November, 16 Uhr 15 Minuten, in Arnberg statt. An den Befestigungsarbeiten werden der Reichswehrminister Generalfeldmarschall von Blomberg und der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Freiherr von Hammerstein, teilnehmen.

Unbefriedigende Erklärung Dollfuß über den Grenzzwischenfall.

Bei der Besprechung des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, wegen des Zwischenfalles an der bayerisch-österreichischen Grenze hat nach einer amtlichen österreichischen Mitteilung Bundeskanzler Dr. Dollfuß folgende Erklärung abgegeben: Die sogleich eingeleitete Untersuchung sei im Zuge. Er werde eine Antwort erst erteilen können, so-